

Sitzung der Gemeindevertreter der Gemeinde Schwielowsee am 4. Juli 2018 19:00 – 21:00 Uhr
Öffentlicher Teil, Tagungssaal der Gemeinde Schwielowsee, Rathaus Ferch

(Nachstehender Bericht über die Tagung bezieht sich hauptsächlich auf die im Zusammenhang mit der Arbeit der BI stehenden Vorgänge. Weitere behandelte Themen entnehmen Sie bitte dem offiziellen Protokoll der Gemeinde Schwielowsee.)

Anwesende Gemeindevertreter:

Tagungsleiter: Roland Büchner (BBS), Bürgermeisterin Kerstin Hoppe (CDU), Heiko Hüller (CDU/FDP/UBS), Heide-Marie Ladner (SPD), Lisa Stoof (Die Linke), Heidrun Hintze (Die Linke), Carola Pauly (CDU/FDP/UBS), Dr. Winnie Berlin (Grüne/Bündnis 90), Andreas Bothe (CDU/FDP/UBS), Horst Bothe (CDU/FDP/UBS), Daniel Buschke (Die Linke), Tamara Fahry-Seelig (BBS), Bernd Lietz (parteilos), Ralf Ellguth (BBS), Dr. Heinz Ofcsarik (BBS), Daniel Schiffmann (CDU/FDP/UBS), Karsten Grunow (CDU/FDP/UBS).

Entschuldigt abwesende Gemeindevertreter:

Matthias Fannrich (BBS), Kathrin Freundner (parteilos), Dr. Matthias Plöchl (Grüne/Bündnis 90), Jörg Steinbach (BBS), Ronny Ufer (CDU/FDP/UBS), Viola Zielke (SPD).

Anwesende Gäste: ca. 25 Bürger, darunter der Kandidat für das Amt des Bürgermeisters Michael Holstein (SPD), 4 Vertreter der Interessengemeinschaft Geltow sowie 6 Vertreter der Bürgerinitiative „Waldsiedlung Wildpark-West“.

Sitzungsverlauf

Frau Dr. Berlin stellt den **Antrag** einen zusätzlichen Punkt auf die Tagungsordnung zu nehmen. Der Antrag wird angenommen.

Neu: TOP 17 „Umgang mit Bürgerinitiativen“

Das **Sitzungsprotokoll** der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wird von den Abgeordneten mehrheitlich bestätigt.

(Anm.: Die BI hatte schriftlich beim Tagungsleiter am 6. Juni um Korrektur des bereits vorab abgedruckten Protokolls gebeten, da einzelne Textpassagen falsch oder sinnentstellend im Amtsblatt dargestellt und Abstimmungsergebnisse falsch wiedergegeben wurden. Darauf ist nicht eingegangen worden.)

Bericht der Bürgermeisterin: Dieser wird nicht verlesen sondern darauf hingewiesen, dass der Bericht im Internet nachzulesen sei.

Auszug: Umbau Bushaltestellen Caputh und Geltow

Für 2018 wurde ein Fördermittelantrag für den Umbau der Bushaltestellen im OT Geltow GT Wildpark-West Havelpromenade/Am Wasserwerk und für den OT Caputh ... beantragt. Der Zuwendungsbescheid liegt vor. Die Umsetzung der Maßnahme befindet sich in Vorbereitung. Die vorhergesehenen Kosten für diese Maßnahme betragen für den Haushalt der Gemeinde Schwielowsee 30000 €.

Bürgeranfragen:

Anfrage Herr Müller, Geltow

In der Ortsbeiratssitzung in Geltow wurde gefragt, ob die Planierarbeiten der Firma Richter außerhalb des Firmengeländes im LSG-Gebiet von der Gemeinde genehmigt wurden. Frau Murin wollte die Untere Naturschutzbehörde davon in Kenntnis setzen, wie ist da der Stand?

Antwort Frau Murin:

Die UNB hat mitgeteilt, dass die Planierarbeiten im Zuge von Nachpflanzungen erfolgt sind.

Nachfrage Herr Müller: Die Arbeiten fanden außerhalb des Grundstücks statt und die „Bürger wurden aufgefordert zu verschwinden“. Die Antwort von Frau Murin sei zudem sachlich falsch.

Frau Murin äußert sich nicht weiter in der Sache.

Anfragen der BI „Waldsiedlung Wildpark-West“

Die Bürgerinitiative hat ihre Fragen vorher schriftlich eingereicht. Diese wurden um zwei Kenntnisaufnahmen im Vorfeld ergänzt. Sowohl die drei Hauptfragen als auch die Detailfragen wurden Frau Hoppe per e-mail gesandt und in schriftlicher Form übergeben und gebeten, diese ins Protokoll aufzunehmen. Die Bürgermeisterin übergab die von ihr unterzeichneten Antworten auf die Hauptfragen. Die Hauptfragen wurden während der Bürgerfragestunde durch drei Einwohnerinnen von Wildpark-West verlesen. Sowohl Frau Hoppe als auch Frau Murin äußerten sich dazu.

- 1.) Die Gemeindeverwaltung informierte, dass sie kein Konzept zu Nachpflanzungen im öffentlichen Raum für Wildpark-West habe, und bat die Bürgerinitiative darum, Vorschläge für Neupflanzungen zu unterbreiten.

Einwohner von Wildpark-West haben nun in einer Initiative „Birken für den Birkengrund“ vorgeschlagen, ihr Viertel zu begrünen. Dazu wurden Befragungen durchgeführt, wer vor seinem Grundstück gerne Birken haben würde. 11 Anwohner unterstützen die Initiative, nur drei wünschen keine Neupflanzungen. Wir unterstützen die Aktion und schlagen vor, 16 Birken aus eigenen Mitteln zur Verfügung zu stellen und sie im Rahmen eines gemeinsamen Arbeitseinsatzes zu pflanzen. Für alle Birken werden Baumpatenschaften übernommen.

Frage:

Unterstützt die Gemeindeverwaltung diese Initiative? Beispielsweise durch Prüfung und Genehmigung sowie eine gemeinsame Vor-Ort Begehung im Juli 2018 mit Vertretern der Bürgerinitiative?

Antwort:

Grundsätzlich unterstützt die Verwaltung diese Initiative, bedankt sich dafür und ist zu einer Vor-Ort-Begehung selbstverständlich bereit.

Hinweis: Jeder Standort muss grundsätzlich geprüft werden, da sich im unterirdischen Bauraum Ent- und Versorgungsleitungen befinden können, zu denen entsprechender Abstand gehalten werden müsste.

- 2.) Der Bürgerinitiative wurde auf Nachfrage mitgeteilt, dass die Anforderungen der Baumschutzsatzung auch in den geschützten historischen Alleen von Wildpark-West eingehalten werden und dass Mitarbeiter des Fachbereichs Bauen, Ordnung und Sicherheit die entsprechenden Auflagen kontrollieren. Im Fuchsweg werden allerdings die wenigen Nachpflanzungen von 2015 nicht durch Dreibock, Schilfrohrmatte und Gurtband geschützt, wie es die Baumschutzsatzung vorschreibt und wie es bereits in mehreren Gremien (Ortsbeirat Geltow, Hauptausschuss, Gemeindevertretung) angemahnt wurde.



Bsp. 1:
abgestorbene Eiche, Fuchsweg 37



Bsp. 2:
fehlender Dreibock, Fuchsweg 10

Auch erfolgten dieses Jahr keine Nachpflanzungen auf dem Fuchsweg, wie – möglicherweise irrtümlich – mitgeteilt. Die Bürgerinitiative bemängelt die auf ihre Fragen am 25. April im Hauptausschuss gegebenen Antworten der Verwaltung und fragt:

Frage an Frau Bürgermeisterin Hoppe:

Warum wird die Baumschutzsatzung im Bereich der historischen Alleebäume in Wildpark-West nicht umgesetzt?

Antwort:

Die Baumschutzsatzung der Gemeinde ist u.a. für Bäume ab einem Stammumfang von mindestens 60 cm anzuwenden. Für den Schutz historischer Alleen ist die Naturschutzbehörde (UNB) des Landkreises Potsdam-Mittelmark zuständig oder es erfolgen Maßnahmen durch die Gemeinde, die mit der UNB abgestimmt sind, wenn sie sich im Geltungsbereich der Baumschutzsatzung (im Zusammenhang bebauter Ortsteile), im sogenannten Innenbereich befinden.

(Nachfolgende Detailfragen bitten wir die Gemeindeverwaltung uns schriftlich zu beantworten, die Antworten dem Sitzungsprotokoll beizufügen, sowie allen Gemeindevertretern zur Kenntnis zu geben.)

- Warum wurden, anders als die Antworten es suggerieren, auf dem Fuchsweg keine Bäume gepflanzt, obwohl ein Teil der 2015 gesetzten jungen Eichen vertrocknet oder bereits schwer geschädigt sind?
- Wann werden die fehlenden Schutzmaßnahmen sowie die nicht angewachsenen Nachpflanzungen erneuert?
- Gab es für die Nachpflanzungen Fuchsweg überhaupt die vorgeschriebenen 5 Jahre Pflegemaßnahmen und wenn ja, wann wurde welche Firma damit von der Gemeindeverwaltung beauftragt?
- Warum wurde der schlechte Zustand der jungen Bäume (fehlende Sicherung durch Dreibock, mangelnde Pflege, fehlende Gießringe usw.) vom Baumkontrolleur der Gemeindeverwaltung nicht bemängelt und dafür gesorgt, dass die Mängel abgestellt wurden?

- Wie hoch waren die Kosten für die Neusetzung eines Straßenbaums (konkret am Beispiel Fuchsweg) und die damit verbundene 5jährige Pflegemaßnahme für die Gemeinde?
- Gab es in Wildpark-West in den Jahren 2015, 2016 und 2017 Nachpflanzungen im öffentlichen Raum? Wenn ja, wie viele?

3.) Bei der Überprüfung der Ursachen für den immer geringer werdenden Baumbestand in Wildpark-West zeichnet sich ab, dass die unzureichende Anzahl der angeordneten Nachpflanzungen durch die Gemeindeverwaltung einer der Gründe dafür sein könnte. Dies betrifft auch den öffentlichen Raum.

Die verantwortliche Fachbereichsleiterin hat auf der Ortsbeiratssitzung in Geltow am 28. Mai 2018 festgestellt, dass die Verwaltung zwar offen für Nachpflanzungen sei, jedoch nicht bekannt ist, ob genügend Gelder dafür im Herbst zur Verfügung stehen.

Übersicht über verwendete Konten:

In einem Schreiben an die BI vom 25. April 2018 stellt Frau Bürgermeisterin Hoppe fest, dass es ein jährlich fortgeschriebenes Konto Nr. 5511.379120 für Ersatzpflanzungen und Ausgleichsmaßnahmen gibt, aus dem entsprechende Maßnahmen, die durch B-Pläne oder FNP festgelegt werden, finanziert werden.

Bürger zahlen die beauftragten Ausgleichszahlungen auf das „Umweltkonto“ der Gemeinde cod. 5511379120 unter ihrem Namen ein.

Auf unsere Frage im Vorfeld der vorletzten Finanzausschusstagung im April erhielten wir vom Ausschussvorsitzenden Herrn Fannrich am 18.4. 2018 die Auskunft, dass das Konto „Ausgleichszahlungen“ (Konto Nr. 5511.379120) ein Bilanzkonto und kein Geldkonto ist und der buchhalterischen Verwendung dient.

Des weiteren existieren seit 2017 zwei Konten für:

5511.522137 Pflege öffentlicher Grünflächen / Parkanlagen und Unterhaltung von Spielgeräten.

5511.522136 Baum, Schnitt, Pflege, Fällung für alle drei Ortsteile.

Laut Beschluss der Gemeindevertreter von 2011 müssen Geldbeträge (Ausgleichszahlungen) die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen für nicht gepflanzte Ersatzbäume festgesetzt wurden, zweckgebunden für die Pflanzung und die Pflege von Bäumen Verwendung finden.

Fragen an Frau Bürgermeisterin Hoppe:

Wie viele Mittel stehen der Gemeinde aktuell aus den von den Bürgern geleisteten Ausgleichszahlungen zur Verfügung?

Antwort:

Bilanzkonto, welches jährlich fortgeschrieben wird:

Konto Ersatzpflanzungen für Ausgleichszahlungen – Zahlungen für Baumfällungen

Konto 5511.379120 Einzahlungen

Konto 5511.759920 Auszahlungen

Kontostand 03.07.2018 : 21.371, 64 €

Fragen:

Werden die von den Bürgern geleisteten Ausgleichszahlungen ausschließlich zweckgebunden für Pflanzungen und die Pflege von Bäumen gemäß der Baumschutzsatzung der Gemeinde Schwielowsee verwendet?

Wenn nein, für welche Maßnahmen werden sie verwendet?

Antwort:

Die Mittel für Ausgleichszahlungen, gemäß § 7 Baumschutzsatzung der Gemeinde Schwielowsee werden für Pflanzungen u.a. für Bäume oder Hecken und damit im Zusammenhang stehende Maßnahmen verwendet.

Mündliche *Ergänzung* von Frau Murin: Die Mittel werden z.B. für Schredderarbeiten von Wurzeln oder Aufpflasterungen, die im Zusammenhang mit Baumpflanzungen stehen, verwendet. Aber auch für die Pflanzungen von Hecken und Büschen.

Nachfolgende Detailfragen bitten wir die Gemeindeverwaltung uns schriftlich zu beantworten, die Antworten dem Sitzungsprotokoll beizufügen sowie allen Gemeindevertretern zur Kenntnis zu geben.

- Wie und unter welcher Bezeichnung wird der Geldbetrag, den der Bürger als Ausgleichszahlung auf das Konto Nr. 5511.379120 eingezahlt hat, verbucht und wie ist der weitere Weg des überwiesenen Geldes?
- Wird das eingezahlte Geld (Ausgleichszahlung) auch für andere Maßnahmen außer der Pflege und Pflanzung von Bäumen verwendet?
- Wird das eingezahlte Geld (Ausgleichszahlung) auch für Begutachtungen von Bäumen und deren Fällungen verwendet?
- Für welche Maßnahmen konkret wurden die 2016 und 2017 geleisteten Ausgleichszahlung der Bürger verwendet?
- Wie hoch ist die Summe, die Einwohner von Wildpark-West 2016 und 2017 für Ausgleichszahlungen leisteten?
- Findet das eingezahlte Geld (Ausgleichszahlung) auch außerhalb der Gemeinde Schwielowsee Verwendung und wenn ja, wofür?
- Wofür findet das Konto Nr. 5511.759920 „Ersatzpflanzung für Ausgleichszahlungen“ Verwendung?
- Gibt es außer den hier genannten Konten weitere Konten, über die Ausgleichszahlungen der Bürger abgewickelt werden?

Nachfrage der BI: **Frau Murin, haben wir sie richtig verstanden, dass die Mittel zweckgebunden nur für Pflanzungen und Pflege von Bäumen verwendet werden?**

Antwort Frau Murin: Ja. Das habe ich ja eben gesagt und das steht ja auch in der schriftlichen Antwort.

Fragen:

**Sehr geehrte Frau Hoppe, sehr geehrte Damen und Herren Gemeindevertreter!
Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass**

a) sich die Bürgerinitiative bei Ihnen, Frau Hoppe, für die positive Entscheidung bedankt, die AG „Junge Naturfreunde“ im Bürgerclub von Wildpark-West regelmäßig ab dem neuen Schuljahr durchführen zu können? Ein sehr herzliches Dankeschön allen Gemeindevertretern, welche die BI in dieser Sache unterstützten!

b) die einseitige Berichterstattung des Havelboten über die Aktivitäten der Bürgerinitiative „Waldsiedlung Wildpark-West“ sowie die fehlerhafte bzw. unvollständige Darstellung von Sitzungsprotokollen im Amtsblatt der Gemeinde in Teilen der Einwohnerschaft der Waldsiedlung erheblichen Unmut ausgelöst und dem Ansehen der von der Bürgermeisterin herausgegebenen Heimatzeitung geschadet hat?

Herr Büchner als Tagungsleiter bestätigt die Kenntnisnahme der Sitzungsteilnehmer.

Ein Caputher Bürger trägt seine *Frage* bezugnehmend auf die letzte Gemeindevertreter-Sitzung vor und bittet um Antwort (Es geht um angebliche Beleidigung von Abgeordneten und die sinnentstellende Darstellung im Havelboten). Ihm wird mitgeteilt, dass die Antwort der Verwaltung auf dem Postweg sei. Frau Fahry-Seelig übergibt ihm die Antwort der Verwaltung, die ihr als Abgeordnete bereits vorliegt. Der Bürger wird vom Tagungsleiter auf TOP 17 verwiesen. Er bittet seine Frage ins Protokoll aufzunehmen, was zugesichert wird.

Tagungsordnungspunkt 12: Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für Baumkontrollen an Straßenbäumen

Auf Nachfrage von Frau Dr. Berlin, wer die Baumkontrollen durchführen soll, erklärte die Fachbereichsleiterin Frau Murin: „Wir haben da jemanden in der Unteren Naturschutzbehörde, der diese Baumschauen durchführt.“

(Anm.: Auf der Sitzung des Ortsbeirats Geltow am 28. Mai 2018 stellte die BI die Frage nach einer *öffentlichen Ausschreibung* und erhielt von Frau Murin die verbindliche Auskunft, dass dies *selbstverständlich* geschehe. Zum gleichen Thema meinte Herr Ellguth dazu auf der Sitzung des Hauptausschusses am 20. Juni 2018, dass er das sehr gut finde, da durch eine öffentliche Ausschreibung „das Geschmäcke“ verschwinde.

Die Bürgerinitiative hat schriftlich eine Klarstellung bei der Bürgermeisterin in der Sache verlangt.

Beschluss:

„Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schwielowsee beschließt für die Durchführung von Baumkontrollen an Straßenbäumen in der Gemeinde Schwielowsee 7500,- € zur Ausgabe im Konto 5511. 543124 für das Haushaltsjahr 2018 nachzubewilligen.“

Begründung:

Auf Grund des personellen Notstandes im Fachbereich Bauen, Ordnung und Sicherheit und der tatsächlichen Kapazität der zuständigen Baumsachverständigen der Verwaltung, war es in den letzten Monaten nicht möglich, eine kontinuierliche Kontrolle an den Straßenbäumen durchzuführen. Im Haushalt 2018 sind 5500,- € geplant für die Durchführung von Baumkontrollen in einem Ortsteil durch einen Gutachter. Die anderen beiden Ortsteile sollten durch unsere Baumsachverständigen kontrolliert werden.

Da die Begutachtung in absehbarer Zeit nicht durch das eigene Personal gewährleistet werden kann, die Notwendigkeit und die Dringlichkeit der Maßnahme aber geboten ist, sind zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 7500,- € notwendig. Diese können gemäß Haushaltssatzung aufgrund der Höhe nur durch die Gemeindevertretung nachbewilligt werden.“

Die Beschlussvorlage wird mit großer Mehrheit angenommen.

Tagungsordnungspunkt 17: Umgang mit Bürgerinitiativen

Auf den von Frau Dr. Berlin (Grüne/Bündnis 90) eingebrachten Tagungsordnungspunkt äußert Herr Hüller (CDU/FDP/UBS) seine Meinung und stellt die Arbeit der Bürgerinitiativen unter dem Aspekt von Mehrheiten in Frage: „Wissen wir, wie viele Bürger hinter einer Bürgerinitiative stehen? Ich muss mit einer Mehrheit anders umgehen, 5 % sind keine 51%. Und seien wir ehrlich, die Angriffe kommen immer aus den Reihen der Bürgerinitiativen, dass muss gesagt werden. Auch ist die Information der Bürger sehr schlecht. Ich lehne eine Beeinflussung durch einzelne Bürger oder Bürgerinitiativen ab. Es sollte von den Bürgerinitiativen keinen Angriff auf Abgeordnete geben. Ich rufe die Bürgerinitiative auf, ihre Angriffe zurückzufahren. Die Meinungsbildung in Deutschland geschieht durch Parteien. Wenn wir uns auf die Sachfragen konzentrieren, wird es keine Probleme geben. Und ich bin gerne bereit mich darüber zu streiten. Die Bürger möchte ich bitten, uns nichts Böses zu unterstellen. Wir sind hier nicht konträr.“

Herr Buschke (Die Linke) stellt fest: „Niemand stellt das Anliegen von Bürgerinitiativen oder engagierten Bürgern in Frage. Was man aber vermeiden könnte, ist eine aufkommende Hektik. Bisher war es so, dass wir mit Bürgerinitiativen immer abschließend einen Kompromiss gefunden haben. Meine persönliche Einschätzung ist, dass Situationen, wie wir sie jetzt haben, dadurch entstehen, dass vermeintliche Sachlagen erst kurz vor oder erst während der Sitzung dargestellt werden, wo ich als Gemeindevertreter überhaupt nicht mehr darauf eingehen kann. Ich bitte deshalb die Bürgerinitiativen oder engagierte Bürger sich vorher rechtzeitig an die Gemeindevertreter zu wenden, mal nachzuhaken mit Fragen, die vielleicht ihr Gebiet sind, damit man auch ein bisschen Vorlauf als Gemeindevertreter hat. So können wir in solch einer Situation deutlich sachlicher agieren.“

Frau Stoof (Die Linke) merkt an: „Es ist schon so, dass es mit Bürgeranfragen ein Problem gibt, allerdings nicht erst seit jetzt. Das Problem besteht darin, dass die Bürger oder die Bürgerinitiativen sich sehen – und wir müssen aber es gesamtheitlich sehen. Die Bürgerinitiative in Geltow war die erste und das war auch nicht einfach für uns. Und dass das nicht immer sachlich überkommt, dafür muss man sich sensibilisieren. Denn was da bei Herrn Barnemann passiert, ist zum Teil wirklich unterste Schublade, das ist nicht immer richtig. Deshalb muss man auch mit Herrn Barnemann sprechen, aber auch mit der Bürgerinitiative. Und das ist eine Bürgerinitiative, die mittlerweile immer kommt und die anderen kommen nur, wenn ihr Problem angesprochen wird. Das Problem mit dem Schmerberger Weg: man hätte sich zuvor in den Ausschüssen informieren können, oder – es steht alles im Internet. Alles. Und es war an dem Tag wirklich zum Teil unsachlich, möchte ich sagen. Aber es hat sich mittlerweile schon herauskristallisiert, dass auf Bürgeranfragen – die sehr sachlich sind – auch sehr sachlich geantwortet wird. Wir müssen uns aber erst einmal mit allem befassen – aber, dass hat auch Herr Buschke eben gesagt, wenn es kurzfristig kommt, geht es nicht. Mittlerweile kenne ich nur zwei Bürgerinitiativen, die aus Geltow und die aus Wildpark-West – und auch die kommen jetzt immer. Und es wäre besser, wenn es z.B. ums Bauen geht, dass im IA die Fragen gestellt werden, aber da war bis jetzt nicht eine.“

Herr Schiffmann (CDU/FDP/UBS) meint, dass er es für überflüssig hält, dass sich Frau Ladner und Frau Dr. Berlin als Anwalt der Bürgerinitiativen produzieren, „denn wir sind alles hier Bürger der Gemeinde. Ich sitze hier freiwillig, weil ich etwas für meine Gemeinde tun will.“ Er meint weiter, dass er, sowie alle anderen hier, für die Interessen der Bürger arbeitet. „Wir haben aber abzuwägen, was die Interessen aller Bürger sind und wir haben das Hintergrundwissen dazu. Es ist aber völlig normal, dass ein Bürger, der sich partikular damit beschäftigt, nicht alles wissen kann. Das ist meine Bitte an die Bürgerinitiativen, sich vorher umfassend zu informieren. Was ich nicht möchte, sind Kreuzberger Verhältnisse, wir hatten so etwas schon einmal bei der *Offensive für Schwielowsee*, wo sehr populistisch vorgegangen wurde, wir aber hatten immer eine sachbetonte Arbeitsweise hier und ich würde mich freuen, wenn es weiter dabei bleibt.“

Fährmann und Ortsvorsteher Karsten Grunow (CDU/FDP/UBS): „Ich wünsche mir, dass unsere Arbeit wertgeschätzt wird und man darf den Respekt vor dem anderen nicht verlieren. Wir sehen das gerade bei der WM. Da wird geworben für Respekt und das heißt, ich respektiere meinen Gegner immer fair. Dabei sollte es bleiben. Und wenn man mal der Verlierer ist – dann ist man mal eben der Verlierer. Aber man sollte dann den Kopf nicht in den Sand stecken und die Thematik sachlich weiter verfolgen, und nicht, wie es jetzt geschieht, wo die Verwaltung unterbesetzt ist, sie mit unzähligen Fragen bombardieren. Weil ich glaube, die haben im Augenblick größere Baustellen. Vielleicht geht man einfach selber hierher und nimmt sich einen Termin und redet mit dem Sachbearbeiter persönlich und richtet dann die jeweiligen Antworten an die Bürgerschaft weiter. Ich sage aber: weiterhin fair miteinander umgehen!“

Frau Dr. Berlin (Grüne/Bündnis 90) merkt an: „Was ich bisher von den Gemeindevertretern gehört habe ist, dass die Bürger unzureichend informiert sind. Gibt es denn eine Stelle wo die Bürger sich einbringen können? Haben wir ein Bürgerinformationssystem? Vielleicht ein Dokument im Internet, ein Leitfaden?“

Herr Büchner (BBS) äußert ziemlich direkt sein Unverständnis über das Anliegen von Frau Dr. Berlin und meint dazu: „Ein zusätzlicher Leitfaden ist nicht nötig, da alles in der Geschäftsordnung und Hauptsatzung verankert ist. Die Verwaltung sollte nicht noch zusätzlich mit solchen Sachen belastet werden. Und dass die Bürgerinitiativen von den Gemeindevertretern runtergeputzt und die Leute beleidigt werden, ist einfach nicht war.“ Es sollte mit Respekt untereinander umgegangen werden.

Frau Dr. Berlin (Grüne/Bündnis 90) bemerkt dazu, dass sie eine andere Wahrnehmung nach der letzten Gemeindevertreter-Sitzung in der Sache hatte.

Herr Ellguth (BBS): „Wir sind für jeden Hinweis der Bürger dankbar. Das ist Demokratie. Auf unterster Ebene heißt das, dass die Bürger sich an ihre Abgeordneten wenden sollten. Ich sehe das Engagement der Bürger positiv und ich habe mich nicht angegriffen gefühlt.

Ich erinnere nur mal an die Geschichte mit der Zeitung (Anm.: gemeint ist vermutlich der Bericht im Havelboten zur Gemeindevertreter Sitzung am 9. Mai 2018), das war einfach mal völlig daneben und das kann man auch nicht von der Hand weisen. Und das hat sicherlich zu der Eskalation beigetragen. Aber man kann natürlich nicht alle Bürger über einen Kamm scheren. Aber ich und auch meine Fraktion versuche Lösungen für den Bürger zu finden. Die Bürger müssen vor Beschlussfassung tätig werden.“

Frau Fahry-Seelig (BBS) kann die Beweggründe der Bürgerinitiativen gut nachvollziehen, da sie selber in einer solchen Gruppierung involviert war. „Ich war erstaunt, mit welchen Ideen meine Mitstreiter kamen, wie und wen man mal ansprechen könnte. Deshalb finde ich die Idee eines kurzen Leitfadens gar nicht so schlecht. Der sich vielleicht sogar gut platzieren lässt auf der Seite Schwielowsee Bürgerinformationssystem.“

(Anm.: Eine Erklärung der BI zu TOP 17 ist auf der Website der BI am 5. Juli 2018 nachzulesen.)

Herr Büchner schlägt vor, den Antrag von Frau Dr. Berlin in der nächsten Sitzung zur Abstimmung kommen zu lassen, was auch Herr Hüller befürwortet. Frau Dr. Berlin stimmt dem zu und kündigt einen Entwurf in der Sache an.